

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	VII
Teil 1: Einführung.....	1
§ 1: Einleitung.....	1
A. Aufriss des Themas.....	1
B. Zielsetzung der Arbeit.....	7
C. Derzeitige Praxis.....	7
§ 2: Begriffsklärung und Abgrenzung.....	9
A. Der Baubetrieb als zeitlicher Rahmen.....	9
I. Definition des Baubetriebs.....	9
II. Abgrenzung zu Vorarbeiten.....	11
B. Erscheinungsformen bauzeitlicher Auswirkungen.....	12
I. Kriterien zur Einteilung der Beeinträchtigungen.....	12
II. Unmittelbare Beeinträchtigungen.....	13
III. Mittelbare Beeinträchtigungen.....	14
C. Zwischenergebnis.....	16
Teil 2: Kann die Planfeststellung den Baubetrieb bewältigen?.....	19
§ 3: Überblick über das Planfeststellungsverfahren.....	19
A. Anwendbarkeit und Wirkungen der Planfeststellung.....	19
B. Ablauf des Planfeststellungsverfahrens.....	21
C. Materiellrechtliche Bindungen.....	22
I. Planrechtfertigung.....	22
II. Zwingendes materielles Recht.....	23
III. Abwägung.....	23
IV. Fachplanerische Ausgleichsregelungen.....	25
V. Vorbehalt.....	26

§ 4: Darstellung der Entwicklung und des Diskussionsstands .....	27
A. Standpunkt der Rechtsprechung und herrschenden Literatur .....	27
I. Baumaßnahme als Gegenstand der Planfeststellung .....	28
II. Anwendbarkeit von Ausgleichsregelungen auf bauzeitliche Beeinträchtigungen .....	30
III. Baubetrieb und Bauausführung .....	32
1. Bauausführung als technisches Detail .....	32
a) Der Begriff der Bauausführung .....	32
b) Einordnung in Rechtsprechung und Literatur .....	34
2. Unmittelbare Grundstücksinanspruchnahme .....	42
3. Zusammenfassung .....	43
B. Abweichende Ansätze .....	44
C. Zwischenergebnis .....	44
§ 5: Zugrundeliegendes materielles Recht .....	44
A. Bauzeitliche Grundstücksinanspruchnahme .....	44
I. Sonderstellung der bauzeitlichen Grundstücksinanspruchnahme .....	45
II. Relevanz der Fragestellung .....	45
1. Entschädigung .....	45
2. Umfang der Rügebefugnis .....	46
III. Einordnung in Rechtsprechung und Literatur .....	48
IV. Rechtliche Grundlagen zu Enteignung und Inhalts- und Schrankenbestimmung .....	49
1. Aussagekraft der Landesenteignungsgesetze .....	49
2. Verfassungsrechtliche Vorgaben .....	51
a) Schutzbereich .....	51
b) Eingriffsformen .....	51
V. Die Planfeststellung als Eigentumseingriff .....	54
1. Mittelbare Beeinträchtigungen .....	54
2. Unmittelbare Beeinträchtigungen .....	55
VI. Einordnung der bauzeitlichen Grundstücksinanspruchnahme .....	57
1. Eigentumsposition .....	57
2. Hoheitlicher Rechtsakt .....	57
3. Erfüllung öffentlicher Aufgaben .....	57
4. Erfordernis einer dauerhaften Entziehung? .....	58
5. Rechtsentzug in Form eines Güterbeschaffungsvorgangs .....	59
a) Aussagen des Bundesverfassungsgerichts .....	59
b) Güterbeschaffungsvorgang .....	59
c) Sonstige Anforderungen an den Rechtsentzug .....	60
6. Folgerungen für die Einräumung eines obligatorischen Nutzungsrechts .....	61
7. Zwischenergebnis .....	63

VII. Einfachrechtliche Umsetzung .....	63
B. Bauzeitliche Beschädigungen .....	64
C. Immissionen .....	65
I. Die Anlagen des Baubetriebs als Anlagen im Sinne des BImSchG .....	65
II. Die Betreiberpflichten nach § 22 Abs. 1 BImSchG .....	67
1. Baustellenimmissionen als schädliche Umwelteinwirkungen .....	68
a) Zentrale Begriffe .....	68
b) Beurteilung der Erheblichkeit, insbesondere in Gestalt der AVV Baulärm .....	68
2. Grundpflicht zur Verhinderung schädlicher Umwelteinwirkungen .....	73
3. Minderungspflicht .....	74
D. Zuwegungerschwernisse und Beschränkungen des Anliegergebrauchs .....	76
I. Die Rechtsinstitute des Anliegerrechts und des Anliegergebrauchs .....	77
1. Anliegerrecht .....	77
2. Anliegergebrauch .....	78
II. Duldungspflicht (Schranke der anliegerbezogenen Rechte) .....	79
III. Grenzen der Duldungspflicht (Schranken-Schranken) .....	80
1. Vollständige Zugänglichkeitssperre .....	80
2. Unzumutbar lange Bautätigkeit .....	81
3. Pflichtwidrige Planung und/oder Ausführung .....	82
IV. Beeinträchtigungen der Zugänglichkeit und Zuwegung als Gegenstand von Ausgleichsregelungen .....	83
E. Schutz des Straßenverkehrs sowie der Bevölkerung .....	83
F. Kumulative Beeinträchtigungen .....	85
G. Zwischenergebnis .....	86
§ 6: <i>Rechtsträger und Rechtspositionen im Zusammenhang mit dem     Baubetrieb</i> .....	86
A. Unmittelbare Auswirkungen .....	86
B. Mittelbare Auswirkungen .....	88
I. Natürliche Personen .....	88
II. Gemeinde .....	89
III. Sonstige juristische Personen des öffentlichen Rechts .....	92
IV. Verbände .....	95
C. Zwischenergebnis .....	95
§ 7: <i>Zwingende Bewältigung in der Planfeststellung</i> .....	95
A. Geeignetheit der Auswirkungen .....	95
B. Pflicht zur Bewältigung de lege lata .....	96
I. Fehlende Berücksichtigungspflicht wegen „negativer Regelungsfunktion“ .....	96
II. Begriff der Planfeststellung .....	97

III. Fachplanungsvorbehalte .....	98
IV. Aussagekraft konzentrierter Anlagenzulassungen.....	99
1. Reichweite der Konzentrationswirkung .....	99
2. Rechtslage im Hinblick auf die Baugenehmigung .....	99
3. Rechtslage bei der immissionschutzrechtlichen Genehmigung .....	100
a) Gesetzliche Vorgaben .....	100
b) Stand der Diskussion .....	101
c) Eigene Position .....	102
4. Zwischenergebnis.....	104
V. Fehlendes sonstiges Genehmigungsregime .....	105
VI. Konzentrationswirkung .....	105
VII. Aufgabe des „Dulde und Liquidiere“-Gedankens.....	106
VIII. Konfliktbewältigungsgebot.....	107
IX. Zwischenergebnis .....	109
C. Grenzen der Berücksichtigungspflicht.....	110
D. Zwischenergebnis .....	111
§ 8: <i>Exkurs: Die Rechtslage bei Bebauungsplan und Baugenehmigung</i> .....	111
A. Berücksichtigung bauzeitlicher Beeinträchtigungen im Rahmen eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans.....	111
B. Einbeziehungspflicht in die Baugenehmigung .....	113
I. Anknüpfungspunkte für eine Einbeziehungspflicht .....	113
II. Stand der Diskussion.....	115
III. Eigene Auffassung.....	116
C. Zusammenfassung .....	117
§ 9: <i>Leistungsgrenzen des gegenwärtigen Lösungsregimes</i> .....	117
A. Mittelbare Beeinträchtigungen .....	117
I. Ausgleichsregelungen und Vorbehalt.....	117
1. Ausgleichsregelung bei vorhersehbaren Auswirkungen .....	118
2. Vorbehalt .....	118
a) Rechtliche Grundsätze .....	118
b) Übertragung auf den Baubetrieb.....	119
c) Zwischenergebnis .....	121
3. Ausgleichsmaßnahmen bei fehlender Vorhersehbarkeit.....	121
4. Vorgehensweise der Gerichte .....	122
5. Zwischenergebnis.....	123
II. Konzentrationswirkung und Straßenverkehrsrecht .....	123
III. Präklusion .....	124
IV. Rechtsschutz.....	125
V. Planänderung .....	125

B. Beschränkung des Prognoseproblems auf mittelbare Auswirkungen.....	126
C. Zwischenergebnis .....	127
<i>§ 10: Alternative Lösungsmodelle außerhalb der Planfeststellung.....</i>	<i>127</i>
A. Generelle Privilegierung von Baustellenimmissionen.....	127
B. Verweis auf alternative Bewältigungsregime des geltenden Rechts.....	128
I. Gesetzestechnische Umsetzbarkeit.....	128
II. Lösung durch das zugrundeliegende materielle Bauausführungsrecht .	129
1. Das Instrumentarium.....	129
2. Die fehlende Tauglichkeit zur Bewältigung bauzeitlicher Konflikte.....	129
3. Zwischenergebnis.....	131
III. Lösung über das Zivilrecht.....	131
1. Rechtliche Grundsätze .....	131
2. Tragfähigkeit zur Bewältigung des Baubetriebs .....	133
3. Zwischenergebnis.....	134
C. Zwischenergebnis .....	134
<b>Teil 3: Bauablaufgenehmigung als Lösungsvorschlag.....</b>	<b>135</b>
<i>§ 11: Gesetzliche Ausgestaltung der Bauablaufgenehmigung .....</i>	<i>135</i>
A. Gesetzeskompetenz für Neuregelung .....	135
B. Vorhandene Überlegungen in der Literatur .....	137
C. Eigener Ansatz.....	138
D. Kumulative Anlagenzulassung in den Fachplanungsgesetzen .....	138
E. Planungscharakter.....	140
F. Zusammenspiel von Planfeststellungsbeschluss und Genehmigung.....	142
I. Regelungsgehalt der Genehmigung.....	142
II. Baubetriebsbezogene Regelungen im Planfeststellungsbeschluss .....	144
III. Anordnungen im Rahmen der Bauablaufgenehmigung.....	145
IV. Änderung der Planfeststellungsentscheidung durch die Baublaufgenehmigung?.....	145
V. UVP-Pflicht .....	146
G. Verfahrensfragen.....	150
H. Zuständige Genehmigungsbehörde .....	151
I. Rechtsschutz .....	152
I. Rechtsschutz der durch die Baustelle Betroffenen .....	152
1. Verwaltungsrechtsweg .....	152
2. Statthafte Klageart.....	153
a) Klage auf Ausgleichsregelungen .....	153
b) Anfechtung der Bauablaufgenehmigung .....	153

c) Zwischenergebnis .....	156
3. Klagebefugnis.....	156
4. Sonstige Sachentscheidungs Voraussetzungen .....	158
5. Begründetheit .....	159
a) Klage auf Ausgleichsregelungen .....	159
b) Anfechtung der Bauablaufgenehmigung .....	159
II. Rechtsschutz des Vorhabenträgers.....	159
1. Rechtsschutz gegen einzelne Schutzvorkehrungen .....	160
a) Vorhabenträger als Teil der öffentlichen Verwaltung.....	160
b) Privatrechtlich organisierte öffentliche Vorhabenträger .....	162
2. Rechtsschutz gegen die Ablehnung der Bauablaufgenehmigung ..	164
III. Rechtsschutz der durch die Bauablaufgenehmigung Betroffenen .....	164
IV. Einstweiliger Rechtsschutz.....	165
1. Rechtsschutz nach §§ 80, 80a VwGO .....	165
2. Rechtsschutz durch eine einstweilige Anordnung nach § 123 VwGO .....	166
J. Vorschlag für Gesetzesänderung .....	167
 § 12: Übertragung auf Plangenehmigungsverfahren.....	168
A. Überblick: Die Plangenehmigung .....	168
B. Begriff der Rechtsbeeinträchtigung.....	168
I. Relevanz der Fragestellung .....	168
II. Vorliegen einer Rechtsbeeinträchtigung .....	169
1. Stand in der Rechtsprechung und Literatur .....	169
2. Eigener Ansatz .....	170
3. Ergebnis.....	172
C. Gesetzestechnische Umsetzung.....	172
 § 13: Der Schutz vor bauzeitlichen Beeinträchtigungen nach Einführung der Bauablaufgenehmigung .....	173
A. Die Machbarkeitsuntersuchung im Planfeststellungsbeschluss.....	173
I. Anforderungen an die Machbarkeitsuntersuchung.....	173
II. Anwendung am Beispiel der Gemeinde.....	174
B. Schutzvorkehrungen (Bauablaufgenehmigung) .....	178
I. Verhältnis zu materiellen Rechtsgrundlagen.....	178
II. Tatbestand.....	179
1. Beschränkung auf Merkmal der „Rechte anderer“.....	179
2. Anwendungsbereich und Schutzgut.....	180
a) Umfang der möglichen Abwehrrechte .....	180
b) Schutz von Belangen?.....	182
3. Vorliegen eines erheblichen Nachteils.....	185
III. Rechtsfolge .....	186

C. Anordnung einer angemessenen Entschädigung (Baublaufgenehmigung) .....	186
I. Verfassungsrechtlicher Hintergrund.....	187
II. Materiellrechtliche Anspruchsvoraussetzungen.....	187
1. Vorliegen der Voraussetzungen zur Anordnung von Schutzvorkehrungen .....	187
2. Untunlichkeit bzw. Unvereinbarkeit mit Zweck des Vorhabens ...	187
3. Einschränkung der Subsidiarität für baubedingte Beeinträchtigungen .....	188
III. Rechtsfolge .....	189
IV. Übernahmeanspruch.....	190
 § 14: Verhältnis zu anderen Anspruchsgrundlagen .....	190
A. Öffentlich-rechtliche Entschädigungsansprüche .....	191
B. Zivilrechtliche Entschädigungsansprüche .....	192
I. Stand der Diskussion.....	192
II. Stellungnahme .....	194
C. Sonstige Anspruchsziele.....	195
D. Zwischenergebnis.....	195
 Teil 4: Thesen-Überblick .....	197
 Literaturverzeichnis.....	199
 Sachregister .....	215